

Laibacher Zeitung.



Abonnementpreis: Mit Postversendung: ganzjährig fl. 15, halbjährig fl. 7-50. Im Comptoir: ganzjährig fl. 11, halbjährig fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus ganzjährig fl. 1. — Inserionsgebühren: Für keine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 kr.

Die „Laib. Zeit.“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Administration befindet sich Kongressplatz Nr. 2, die Redaction Bahnhofstraße Nr. 15. Sprechstunden der Redaction von 8 bis 11 Uhr vormittags. Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen, Manuscripte nicht zurückgestellt.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 11. November d. J. dem Fondsgüter-Director, kaiserl. Rathe Josef Reilwert taxfrei den Titel und Charakter eines Regierungsrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Die Interpellation über die Hamburger Enthüllungen.

Berlin, 16. November.

Heute wurde im deutschen Reichstage die Interpellation über die Hamburger Enthüllungen vorgebracht. Mehrere Blätter, die aus Anlaß dieser Enthüllungen gegen den Fürsten Bismarck Stellung genommen haben, mahnen jetzt daran, in der Debatte nicht die großen Verdienste des Fürsten zu vergessen, die durch einzelne Mißgriffe nicht ausgelöscht werden können.

Die Verhandlung nahm folgenden Verlauf:

Das Haus ist stark besucht. Graf Herbert Bismarck ist anwesend. Reichskanzler Fürst Hohenlohe sagt in Beantwortung der Interpellation des Centrums betreffs des deutsch-russischen Geheimvertrags: Ueber die Verhandlungen mit Rußland sei seinerzeit die unbedingt Geheimhaltung angeordnet worden. Der Zeitpunkt des Aufhörens dieser Verpflichtung könne hiernach nicht einseitig bestimmt werden. Der Reichskanzler sei daher nicht in der Lage, über das Ergebnis der Verhandlungen eine amtliche Auskunft zu erteilen. Er könne die Ueberzeugung aussprechen, daß eine ungünstige Veränderung der deutschen Beziehungen zu Rußland sich nicht fühlbar gemacht habe. Er wies die Behauptung zurück, daß damals oder jetzt englische oder andere auswärtige Einflüsse eingewirkt hätten. Betreffs der Wirkung der jüngsten Veröffentlichungen auf die Stellung Deutschlands zum Dreibunde und das Verhältnis zu den europäischen Mächten erklärte der Reichskanzler, daß die Mißtrauenswolke verschwunden sei, das Verhältnis Deutschlands zu den Verbündeten nach wie vor von unbedingtem gegenseitigen Vertrauen getragen sei. Auch die deutschen Beziehungen zu Rußland haben nie aufgehört, gute und freundschaftliche zu sein. (Allseitiger Beifall.)

Nach dem Fürsten Hohenlohe ergriff Staatssecretär v. Marschall das Wort und erklärte, man möge keine Enthüllungen erwarten; er habe dazu keine Ermächtigung. Sie würden auch den Streit, dessen im Bande genug ist, nur vermehren. Zwei Anklagen treten hervor: erstens, daß die deutsche Politik nach dem Jahre 1890 mehrere Fehler begangen und dadurch die Friedensgarantien preisgegeben habe, zweitens, daß die deutsche Politik vor dem Jahre 1890 Dinge verabredete, die mit den bisherigen Verträgen im Widerspruch gestanden wären.

«Namentlich letztere Anklage trifft uns an empfindlicher Stelle. Ich weise entschieden den Gedanken zurück, daß die deutsche Politik jemals mit irgendeinem Staate etwas verabredete, was mit den bestehenden Verträgen unvereinbar ist. Das Verabredete sollte dem Frieden dienen, also demselben Zwecke, wie unsere Verträge. Schwieriger ist die Abwehr der anderen Anklage. Bei aller Bewunderung der Staatskunst des Fürsten Bismarck muß der Zweifel gestattet sein, ob nicht mit der Mehrzahl der Bündnisse und Verträge deren innerer Wert sich steigere, oder ob nicht die Gefahr entstehe, daß unter mehrfachen Versicherungen gerade die, auf die es ankommt, im entscheidenden Momente versagt.»

«Angriffskriege werden heute nicht geführt; jeder Staat bietet das Aeußerste auf, das Odium des Angriffs abzuwälzen. Ein auf dem Fuße eines fremden Angriffs berechneter Bündnisvertrag bietet somit nur eine zuverlässige Schutzwehr, wenn bei dem Verbündeten immer gerechnet werden darf, daß er die gerechte Sache vertritt und den Gegner als Angreifer betrachtet. Diese Zustimmung ist nicht in Paragraphen faßbar, sie muß erworben, erhalten und gepflegt werden und beruht auf der vertrauensvollen Ueberzeugung, daß jeder unweigerlich leisten will und leisten kann, was er vom anderen begehrt. Somit ist es fraglich, ob die Rückversicherung die Versicherung wirklich stärkt. Falls die gemachten Enthüllungen richtig, könnten wir im Falle eines Krieges zwischen unseren beiden östlichen Verbündeten, sofern beide sich als angegriffen ansehen, in die Lage kommen, von dem einen um wohlwollende Neutralität, von dem anderen um eine Unterstützung mit der ganzen Kriegsmacht angegangen zu werden.»

Ferner sei im Auge zu behalten, der österreichisch-deutsche Vertrag stipuliert trotz der Geheimhaltung vertrauliche Mittheilungen an den russischen Kaiser, welche

Mittheilungen auch erfolgten. (Hört! Hört!) Daraus gienge hervor, daß die unbedingte Geheimhaltung die Quelle mehrfacher Verwirrungen und Beunruhigung werden könnte. Die ganze Frage läßt somit eine verschiedenartige Beurtheilung zu, und wenn der Nachfolger Bismarcks anders als dieser dachte über die Rückversicherung und ihren Wert und sogar in der Rückversicherung eine Verminderung der Friedensgarantien erblickte, kann dies keinen Anlaß zu höhniischen Angriffen bieten.

«Es bedarf nicht des unsaßbaren Begriffs englischer Einflüsse, um die damalige Haltung Caprivis zu begreifen. Redner fragt: Hat sich denn wirklich seit 1890 die Friedensgarantie vermindert? Sind richtig Kriegsgefahren für Deutschland entstanden? Bismarcks Verdienst um die Unterhaltung trefflicher Beziehungen zu Rußland sei unbestritten, es hieße aber dieses Verdienst mindern, wenn man behauptet, daß diese Beziehungen auf der zerbrechlichen Grundlage einer Abmachung beruhen, deren Existenz alle drei Jahre fraglich war. Unsere Beziehungen zu Rußland beruhen auf fester, dauerhafter Grundlage, auf der traditionellen Freundschaft der Herrscher, vielfacher Interessengemeinschaft und Mangel an jeglichem Interessengegensatz. Die Archive werden dereinst darthun, daß auch nach 1890 die Beziehungen die besten waren und keine einzige Divergenz bestand. Die Zuversicht Rußlands werde niemals eine unprovocirte Friedensstörung fördern oder unterstützen. Das steht jetzt ebenso fest, wie ehemals. Der Gedanke, ein Vertrag, wie der kürzlich enthüllte, könne einen Keil bilden zwischen beiden großen Nationen von vielfachen gemeinsamen Friedensinteressen innerhalb und außerhalb Europas, beruht auf einer gewaltigen Ueberschätzung. Wenn man die Staatskunst rühmt, die die Rückversicherung mit Rußland schloß, müsse Redner sagen: «Wenn uns der Dreibund nicht verhindert, eine Abmachung mit einer dritten Macht zu treffen, warum sollte eine dritte Macht verhindern sein, Rückversicherung bei einer andern Macht zu suchen? (Rufe: Sehr gut!)»

«Da wir zu derlei das Beispiel gaben, hätte Deutschland weder staunen noch klagen können, wenn eine dritte Macht mit einer vierten in ein gleich intimes Verhältnis getreten wäre, wie wir zum Dreibunde. Die Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich datieren zurück von 1890 bis in die siebziger Jahre. Sie zogen sogar früher in höherem Maße das Augenmerk der politischen und militärischen Kreise auf

näher anzusehen. Konnte derselbe in Beziehungen zu Herrn Gruner stehen? Und in welchen Beziehungen dann?

Vielleicht war dieser Fremde, dessen Aeußeres einen geradezu unbehaglichen Eindruck auf ihn machte, ein Bekannter von Gruner aus früherer Zeit und kam jetzt, von demselben eine Unterstützung zu verlangen. Bedürftig genug sah er aus.

Und mit diesem letzteren Gedanken regte sich in Heinz das angeborene Mitleid, das er mit jedem, ob verschuldeten oder unverschuldeten Unglück empfand.

«Sie würden gewiß im Gruner'schen Hause über den Punkt Auskunft erhalten können,» sagte er.

Der Fremde schüttelte den Kopf.

«Die Haushälterin sagt, Herr Gruner könne lange fortbleiben, und — und — ich bin mittellos, hier fremd. Ich erwartete eine Unterstützung, um in die Heimat zurückkehren zu können,» entgegnete er.

«Sie kennen Herrn Gruner?»

«Ach, und ob ich ihn kenne!»

Indem der Fremde diese Worte sprach, blickte es seltsam in seinen Augen auf und ein spöttisches Lächeln umspielte seinen Mund.

Heinz bereute, sich in ein weiteres Gespräch mit diesem Manne eingelassen zu haben. Nun gab es kaum noch ein Ausweichen.

«Die Lage ist für mich eine sehr fatale,» fuhr der Fremde fort. «Ich muß Herrn Gruner's Rückkehr abwarten und weiß nicht, wovon bis zu dem Augenblicke leben. Seit drei Tagen habe ich nichts genossen.»

(Fortsetzung folgt.)

Feuilleton.

Unerbittlich Gericht.

Roman von F. Kind.

(41. Fortsetzung.)

«Fräulein Hartner, darf ich sie morgen besuchen?» fragte Heinz, nachdem sie sich schon von ihm abgewandt hatte, um die aufs neue hervorstürzenden Thränen zu verbergen.

«Ja, kommen Sie, bitte!» antwortete sie. «Ich werde dann wieder denken können!»

Er stand noch lange, nachdem sie schon seinen Blicken entschwunden war. Das arme Ding! Wenn es ihm doch nur vergönnt gewesen wäre, sie zu beruhigen! Unwillkürlich folgte er ihr in Gedanken. Sie würde sich auf ihr Zimmer begeben, um ihren Schmerz in Thränen zu ergießen, und sie war so ganz allein, während sie dringend des Trostes und des Beistands bedürftig war.

Langsamem Schrittes, in erstem Sinnen verloren, trat er den Heimweg an. Das dürre Laub raschelte unter seinen Füßen und mahnte an den nahenden Winter. Gestern noch hatten Betrachtungen über denselben ihn mit Freude erfüllt. Die Hoffnung hatte in ihm ihre Schwingen entfaltet. Heute fühlte er sich sehr herabgestimmt und nur zu sehr geneigt, Herbert Gruner als die schuldige Ursache dieses jähen Wechsels zu betrachten. Wie war es möglich gewesen, daß jener Mann dieses unselige Zeitungsblatt an einem Platze liegen lassen, wo es in Lora's Hände gerathen konnte?

Die Begegnung mit dem jungen Mädchen hatte ihm jenes unselige Ereignis, welches vor zehn bis elf Jahren alle Gemüther in Aufregung versetzt, wieder lebhaft vor die Seele geführt. Er erinnerte sich wieder aller Einzelheiten des Falles, soweit dieselben in die Oeffentlichkeit gedrungen waren.

Die Aeußerungen des jungen Mädchens waren wirklich zutreffend. Es mußte Lora unsaßbar erscheinen, daß der Mörder ihres Vaters nicht entdeckt worden war. Auch ihn dünkte es so, heute mehr als vor Jahren. Es hätte doch ein Anhaltspunkt sich finden lassen müssen. Jenes Weib, das den Ermordeten in den Hinterhalt lockte, jener Bube, der dann zweifellos den Mord zur Ausführung brachte, sie hatten gewiß in Beziehungen zu ihrem Opfer gestanden.

Heinz war, in tiefes Sinnen versunken, seines Weges dahingeschritten. Nicht rechts, noch links, sondern immer vor sich nieder blickend, bemerkte er nicht das Näherkommen eines Mannes, und erschraf förmlich, als plötzlich eine fremde Stimme sein Ohr erreichte, und er, den Kopf emporhebend, sich einem Menschen gegenüber sah, der einen nichts weniger als vertrauens-erweckenden Eindruck auf ihn machte.

«Mein Herr, würden Sie mir wohl sagen können, ob Herr Herbert Gruner bereits längere Zeit abwesend ist?» fragte der Fremde ihn.

«Ich weiß durchaus nichts von Herrn Gruner,» entgegnete Heinz kurz, indem er an dem Fremden vorüberschritt, um sich einer unangenehmen Begegnung zu entziehen.

Dann aber blieb er plötzlich stehen. Ihm kam der unwillkürlich jähe Gedanke, sich den Fremden

sich. Der Gedanke, daß es die Aufgabe der deutschen Politik sei, zwei große Nationen zu trennen, bestand niemals. Er würde unerschwingliche Opfer erheischen und Deutschland aus den bewährten Bahnen abdrängen. Redner empfiehlt die Rückkehr zu ruhig beobachtender Haltung, wie sie der Sachlage und der Würde Deutschlands entspräche. Die Linie der deutschen Politik ist klar vorgezeichnet: Treues und unentwegtes Festhalten am Bündnisse mit Oesterreich-Ungarn und Italien (Bravo! Bravo!), Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland auf der vorhin angegebenen Grundlage, Erhaltung guter, freundlicher Beziehungen zu den anderen Mächten, Achtung ihrer Rechte nach Maßgabe ihrer Achtung des unserigen (Sehr gut! Bravo!), die Bereitwilligkeit, jederzeit unsere Machtstellung in die Waagschale des Friedens zu legen. (Lebhafter Beifall.) Gestützt auf diese Politik und unsere Wehrkraft sowie die Einheit, haben die Deutschen keinen Anlaß zu irgend einer Besorgnis und können getroßt ihre realen und idealen Güter pflegen und voll Zuversicht in die Zukunft schauen.»

Abg. Lieber führt aus, das Centrum könne sich doch nicht ganz der Annahme verschließen, daß das Abkommen, wie es in den «Hamburger Nachrichten» geschildert wurde, nicht ganz mit dem Sinne der Dreibund-Verträge vereinbarlich sei.

Abg. Mantuffel sieht nicht ein, weshalb das russische Abkommen nicht hätte erneuert werden sollen. Zu unserer Freude, sagt Redner, haben wir gehört, daß die Beziehungen zu den Verbündeten nicht getrübt sind und daß auch das Verhältnis zu Rußland das denkbar beste ist. Diese Beziehungen sind für uns wichtiger als die zu andern Staaten. Speciell in Rußland wissen wir eine starke Monarchie am Ruder, deren Entschließungen nicht abhängig sind von den wechselnden Majoritäten der Parlamente.

Abg. Enecerus bemerkt, daß das Recht zum Abschluß eines Sondervertrages unzweifelhaft feststehe. Unsere Verbündeten, fährt Redner fort, wissen, daß unsere Beziehungen zu ihnen nicht lediglich auf den formalen Vertragsbestimmungen beruhen und es ist daher kein Grund zur Befürchtung, daß Zweifel an unserer Vertragstreue platzgreifen könnten.

Abg. Freiherr v. Gültlingen will sich an der Debatte nur insofern beteiligen, wenn es darauf ankomme, unberechtigte Angriffe zurückzuweisen.

Abg. Richter betont, das russische Abkommen hätte wenigstens den Dreibundmächten mitgeteilt werden müssen. Die Beziehungen zu Rußland seien seit 1890 immer bessere geworden. Woher wisse Fürst Bismarck, daß englische Einflüsse eingewirkt haben? Redner hofft, Graf Herbert Bismarck werde seinen Vater dagegen verteidigen, daß er auf Grund bloßer Vermuthungen unsere Krone als eine durch englische Einflüsse geleitete Marionette dargestellt hat. (Beifall rechts, Unruhe links.) Jedenfalls seien die Enthüllungen ein grober Vertragsbruch.

Abg. Mirbach äußert seine Freude über die Anerkennung der Verdienste Bismarcks durch Freiherrn von Marschall, mit dem er nur bezüglich des Wertes der Rückversicherungen nicht einverstanden ist, und würde sich freuen, wenn die Regierung zum Abschluß derselben zurückkehrte. Mit den Enthüllungen habe Bismarck zweifellos dem deutschen Volke einen großen Dienst erweisen wollen. Die Darstellung, als hätten sich die Enthüllungen gegen die Krone, sei der Gipfel der Unverschämtheit und Niederträchtigkeit. (Lebhafter Beifall rechts, Unruhe links.)

Abg. Liebknecht sagt, welchen Zweck die Enthüllungen Bismarcks gehabt haben, wisse man ebenso wenig, wie dies oft bei den Praktiken des gewiegten Verbrechers der Fall sei. (Unruhe rechts.) Redner verbreitet sich über die Politik Bismarcks und schließt, es müsse mit der alten Diplomatie gebrochen werden, die sich durch die Thätigkeit Bismarcks besonders verhängnisvoll gezeigt habe.

Abg. Kardorff spricht sein Vertrauen zu Bismarck aus, von welchem das Volk gewohnt sei, verblüffende Worte und Thaten zu sehen. Seine Partei sei auch überzeugt, daß er nie etwas anderes im Auge gehabt habe, als das Wohl und Wehe des Vaterlands. (Rufe links: «Das Wehe!») Bismarck habe sicher die Nothwendigkeit der Enthüllungen erkannt. Seine Gegner vermögen dies nicht einzusehen, aber seine Anhänger zählen nach Millionen. Die Verdächtigung Baasches, Bismarck habe aus persönlicher Rachsucht gehandelt, falle zurück auf den Urheber der Verdächtigung. Durch die Enthüllungen sei viel Wasser in die französische Begeisterung geflossen.

Abg. Liebermann von Sonnenberg führt aus, die Enthüllungen hätten die Stellung Deutschlands gestärkt. Fürst Bismarck würde bis zum letzten Athemzuge für das Wohl des Vaterlands verantwortlich bleiben. Er werde in diesem Sinne der unabsehbare, echte Kanzler des Reiches bleiben. (Lachen links.)

Abg. Hausmann sagt, die Enthüllungen richten sich gegen die allerhöchste Spitze. Bemerkenswert sei, daß Graf Herbert Bismarck schweige. Die tausendfach

durch den Handelsvertrag geknüpften Fäden seien ein besseres Band als der Geheimvertrag.

Abg. Richter mißbilligt die Angriffe der Bismarck-Presse gegen Caprivi. Für seine Partei sei der Zweck der Interpellation durch die Erklärungen der Regierung erreicht.

Bei den persönlichen Bemerkungen erklärt Graf Herbert Bismarck, er hätte zum Sprechen keinen Anlaß gehabt, nachdem die Erklärung des Reichskanzlers der Discussion den gegenständlichen Boden genommen habe. Das Tactgefühl habe ihm verboten, das Wort zu ergreifen.

Der Sitzung des Reichstags wohnten in der Diplomatenloge der österreichisch-ungarische Botschafter Szogyenyi-Marich und andere Mitglieder des diplomatischen Corps bei.

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Wien, 17. November.

Im Abgeordnetenhaus gelangte, wie bereits gemeldet, am Schlusse der gestrigen Sitzung der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Patai und Genossen auf sofortige Kündigung des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn zur Verhandlung, der mit der Annahme des Antrags endete.

Seine Excellenz Herr Handelsminister Baron Glanz ergriff das Wort zu nachstehender Erklärung:

«Nach Artikel 23 des bestehenden Zoll- und Handelsbündnisses kann die Kündigung desselben zu Ende des vorletzten Jahres erfolgen. Wird die Kündigung nicht vollzogen und tritt nicht rechtzeitig ein neuer Vertrag ins Leben, so dauert das gegenwärtige Bündnis stillschweigend durch zehn Jahre fort. Ich glaube, es wird zur Klärung der Eindrücke, unter welchen dieser Antrag gestellt worden ist, wesentlich beitragen, wenn ich erkläre, daß die Regierung die stillschweigende Fortdauer des gegenwärtigen Bündnisses auf weitere zehn Jahre als außerhalb jeder Combination gelegen erachtet. (Beifall.) Darüber hat ja auch nach ihrem bisherigen Vorgehen ein Zweifel wohl nicht bestehen können. Es ist dem Hause bekannt, daß die Verhandlungen mit der ungarischen Regierung zur vollständigen Verständigung über das neue Bündnis, welches eine Reihe von uns erwünschten Aenderungen enthalten wird, geführt haben und daß anderweitige Umstände, nicht etwa das Moment, daß etwa diese Verständigung noch nicht gelungen wäre, es verursacht haben, daß der neue Bündnisvertrag nicht schon heute eingebracht ist und in diesem Hause zur Verhandlung steht. Unter diesen Verhältnissen ist die Sachlage so, daß nicht mangels der Verständigung zwischen den beiden Regierungen, sondern trotz des Vorhandenseins dieser Verständigung die legislatorische Ratification des neuen Bündnisvertrags, von der wir ja recht gut wissen, daß sie unerlässlich ist, nicht vor Eintritt des Kündigungsstermins des heute bestehenden Bündnisvertrags erfolgt sein kann. Darin ist eine Inconvenienz gelegen, die den Absichten der Regierung offenbar nicht willkommen ist, durch welche aber der principielle Standpunkt der Regierung in keiner Weise alteriert werden kann. Dafür, daß die Rechtsfolge der Verwirklichung des Kündigungsstermins nicht eintritt, gäbe es zwei Modalitäten: die eine Modalität, die einfache, liegt in der Vornahme der Kündigung; die zweite, die complicirtere, die jedenfalls der legislatorischen Mitwirkung bedürfen würde, könnte in einer anderweitigen, provisorischen Vorkehrung bestehen, wodurch jenem Kündigungsstermine zu Ende des laufenden Jahres die Rechtswirkung benommen würde, welche nach dem gegenwärtig bestehenden Bündnisvertrage daran geknüpft ist. Da nun das ungarische Parlament heute noch nicht zusammengekommen ist, und da, wenn es zusammengetreten sein wird, hier und drüben ohne Zweifel schon ein gewisser Mangel an Zeit vorhanden sein wird, so wird die erstere Eventualität angenommen werden müssen; es wird demnach die Kündigung rechtzeitig vor Ende des Jahres erfolgen. Sieben bitte ich Kenntnis nehmen zu wollen.» (Beifall.)

Politische Uebersicht.

Saibach, 17. November.

Die politische Commission des Herrenhauses hat das Heimatsgesetz in Verhandlung gezogen und angenommen. Das Heimatsgesetz steht auf der Tagesordnung der für Samstag anberaumten Sitzung des Herrenhauses.

In der Samstag abends abgehaltenen Sitzung des Polencub's ergriff Abg. Graf Dzieduszycki das Wort und trat der Schilderung der galizischen Zustände, wie sie Abg. Ritter v. Gniwoski im Budgetausschusse gegeben hatte, entgegen. Er erklärte, daß nicht 700.000, sondern 314.000 Kinder in Galizien die Volksschule nicht besuchen. Im Jahre 1865 haben bloß 28 pCt. die Volksschule besucht, während jetzt 65 pCt. die Volksschule frequentieren. Die Ausgabem für das Volksschulwesen in Galizien seien von einer halben Million auf drei Millionen gestiegen. —

Abg. Ritter v. Jaworski erklärte, daß alle Mitglieder des Polencub's vom Auftreten des Collegen Gniwoski sehr unangenehm berührt waren, und zwar aus dem Grunde, weil es den deutschen Blättern zu Angriffen gegen Galizien Anlaß gebe. Redner ist überzeugt, daß, wenn Abg. Ritter v. Gniwoski dies auch nur geahnt hätte, er gewiß sich dieser Aeußerungen enthalten hätte. Der Polencub nahm die Aufklärungen des Grafen Dzieduszycki zur Kenntniss. Abg. Ritter v. Gniwoski wohnte der Sitzung nicht bei. Der Polencub beschloß, für die Zurückweisung des Antrags Wurmbrand, betreffend die Zwangsversicherung gegen Feuer Schäden, an den Versicherungs-Ausschuss zu stimmen. Nach längerer Debatte beschloß ferner der Polencub, für die Gehalts-Regulierung der Staatsbeamten nach den Beschlüssen des Budgetausschusses zu stimmen.

Der dem deutschen Reichstage vorliegende Colonial-Stat für 1896/97 ist dadurch bemerkenswert, daß neben größeren Aufwendungen für culturelle Zwecke eine Vereinfachung der Verwaltungs-Organisation platzgegriffen hat. Der Stat für Ostafrika balanciert mit 6,069.900 Mark; darunter sind Einnahmen aus Zöllen, Abgaben und Gebühren 1,700.000 Mark, so daß ein Reichszuschuß von mehr als vier Millionen Mark nothwendig wird. Es werden gegen das vorige Jahr 68.930 Mark mehr verlangt. Die Zollverwaltung soll im Interesse größerer Kostenersparnis und administrativer Vereinfachung als selbständige Abtheilung aufgelöst und ihr Ressort der Finanzverwaltung überwiesen werden.

Der Friede zwischen Italien und Abyssinien ist abgeschlossen. Eine Depesche des Regus an den König meldet die Unterzeichnung des Friedens, die also erfolgt wäre, noch ehe der bevollmächtigte General Balleo am Hofe Menelik's eingetroffen ist. König Menelik richtete an den Präsidenten Faure eine Depesche, in welcher er erklärte, durch Gottes Hilfe sei es ihm möglich gewesen, seinem Volke den Frieden wiederzugeben, indem er den Friedensvertrag mit dem Bevollmächtigten des Königs von Italien abgeschlossen habe. Menelik fühle sich glücklich, daß seine Freunde an seiner Freude theilnehmen. Präsident Faure drückte in seiner Antwort seine Befriedigung darüber aus, daß Menelik Wert darauf gelegt habe, ihm sofort den Abschluß des Friedens mitzutheilen und beglückwünschte den König in der herzlichsten Weise zum Resultate, welches ihn sowohl als Freund als auch als Nachbar erfreue.

«Figaro», welcher bemerkt haben will, daß von mehreren ausländischen Journalen eine Campagne zugunsten der Annäherung Frankreichs und Deutschlands auf Grundlage der Neutralisierung Elsaß-Lothringens und der Erklärung Metz' und Straßburgs als offene Städte begonnen worden sei, stellt die Frage, zu welchem Zwecke diese Campagne geführt werde und erklärt, Frankreich stehe ihr vollkommen ferne.

Wie man der «P. C.» aus Belgrad meldet, macht die Secession in der radicalen Partei täglich weitere Fortschritte. Bis jetzt haben sich drei Gruppen mit selbständigem Programm gebildet: die des Generals Gruic, ferner die Fraction von Semendria, die sich um den Advocaten Maximovic' schart, und der Tausanovic'sche Flügel. Das Gros der Partei hält vorläufig noch zu Pasic, es verlaute jedoch mit Bestimmtheit, daß auch im Centrum der Partei die Zerklüftung um sich greife.

Die Wiener königlich spanische Botschaft hat folgende amtliche Mittheilungen aus verschiedne erhalten: In den letzten Tagen wurden verschiedene Rebellenbanden auf Cuba, und zwar in Olega, Montana, Stacha und Guaybo von den spanischen Truppen zerstreut, wobei auf Seite der Aufständischen 26 Mann und 140 Pferde gefallen sind. Der Rebellenführer Seraphin Sanchez, der Condado in der Provinz Villas angegriffen hatte, wurde zurückgeschlagen und seine Bande zerstreut. Eine weitere Mittheilung bezeichnet die Nachricht des «New-York-Herald», wonach der spanische Ministerpräsident Herr Canovas selbst in einem Gespräch eingeräumt hatte, daß Spanien auf Cuba große Verluste erlitten habe, als vollständig unbegründet. Ueber die Aussicht der neuen spanischen Anleihe wird der genannten Botschaft Folgendes berichtet: Nach den bis gestern eingegangenen Erklärungen der verschiedenen Bankhäuser waren bereits 300 Mill. Francs in Spanien subscribirt und es ist zu erwarten, daß die Subscription am 15. d. Mts. den Betrag von 500 Millionen überschritten haben werde.

Tagesneuigkeiten.

(Körperliche Bächtigung.) Eine interessante Entscheidung über körperliche Bächtigung der Schüler ist vor kurzem vom preussischen Oberverwaltungsgerichte erlossen. «Der Lehrer — heißt es wörtlich — ist zur Vornahme empfindlicher körperlicher Bächtigung und zwar sowohl bei Schülern einer andern, wie auch solchen seiner eigenen Classe absolut berechtigt. Da das Verhalten der Schüler auch außerhalb der Schule der Schulzucht unterliegt, so darf die Bächtigung seitens des Lehrers selbstredend auch außerhalb der Schullocalitäten

staltfinden. Dasselbe Recht hat auch der Geistliche in seiner Eigenschaft als Religionslehrer. Die Schulzucht kann nur dann Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens werden, wenn eine merkliche oder wesentliche Verletzung des Schülers stattgefunden hat. Als merkliche oder wesentliche Verletzung gilt aber nur eine solche, welche Gesundheit und Leben des Schülers nachweislich gefährdet. Gewöhnliche Blutunterlaufungen, blaue Flecken und Striemen gehören nicht hierzu; denn jede empfindliche Strafe lässt solche Erscheinungen zurück.»

(Ueberschwemmungen.) Aus Belgrad wird vom 15. d. Mts. berichtet: König Alexander langte gestern abends in Cuprija an, woselbst er übernachtete. Heute setzte der König die Reise mittelst Wagens bis Jagobina fort und traf nachmittags mit der Bahn hier ein. Der Personenzug verkehrt regelmäßig bis Nisch mit einer Unterbrechung bei Cuprija, wo die Dammreparaturen noch einige Tage dauern werden. Die rückständigen Posten in der Richtung nach Sofia und Constantinopel sind umgekehrt von Sofia nach Belgrad wurden heute expediert, und zwar von Jagobina bis Cuprija mittelst Wagens; die Eisenbahnlinien Cuprija-Nisch-Caribrod und Nisch-Nistovac sind wieder hergestellt. Die Journale veröffentlichten Aufrufe zur Einleitung einer Hilfsaction für die von der Ueberschwemmung heimgesuchten Gegenden.

(Elektrischer Auszug auf den Mont Blanc.) Nachdem es glücklich erreicht worden ist, dass die Eisenbahn auf die Spitze der Jungfrau ihrer Bewirkung entgegengeht, haben die Ingenieure wieder ein neues, noch schwierigeres Problem aufgestellt, nämlich das eines elektrischen Aufzugs auf den höchsten Berg Europas, auf den Mont Blanc. Ein französischer Ingenieur will einen wagrechten Tunnel in diesen Berg bohren, und von dem Endpunkte des Tunnels soll in einem senkrechten Schachte von 2-4 Kilometer Länge ein elektrischer Aufzug auf den Gipfel führen. Die Zeit der Auffahrt soll 30 Minuten betragen.

(Mord.) Wie die Agence Havas aus Athen meldet, hat in Patras ein etwa vierzigjähriger Mann auf offener Straße den reichen Kaufmann Frangopulo ermordet und einen anderen Kaufmann, Namens Kollas, schwer verwundet. Der Mörder, der sofort verhaftet wurde, erklärte, im Namen des Socialismus gehandelt zu haben. Es wurden noch mehrere Verhaftungen vorgenommen. Während man anfangs glaubte, man habe es mit einem Verfinnigen zu thun, besagt eine spätere Meldung, der Verhaftete habe sich zu anarchistischen Ideen und als Anhänger Ravachols und Caserio bekannt. Früher Socialist, wurde er durch die Lectüre revolutionärer Schriften dem Anarchismus in die Arme getrieben. Man behauptet, er habe eine anarchistische Gesellschaft gegründet. Er geht in cynischer Weise das Verbrechen ein und bedauert nur, dass dasselbe nicht mehr Opfer gefordert habe. Das Verbrechen ist dem ermordeten Banquier in Patras hat in feierlicher Weise stattgefunden. Die Verhaftungen dauern fort.

(Explosion.) Die «Kölnische Volkszeitung» meldet: Im Filterhause der Dynamitfabrik in Förde (Weßphalen) fand eine Explosion statt, wobei eine Person getödtet wurde.

(Die Pest in Indien.) Die Hoffnung, dass die in Indien wüthende Beulenpest nicht mehr weiter umherschreien werde, bewahrheitet sich leider nicht. Indien ist in diesem Jahre von einer Missernte heimgesucht, wie man sie seit Decennien nicht kannte. Die Kornpreise steigen derartig, dass die Bevölkerung sie nicht mehr erheben kann und sich Wohlthätigkeits-Syndicate zur Verbeisaffung billigen Kornes bilden mussten. Die vom Hunger und seinen Begleiterscheinungen geschwächte Bevölkerung wird nunmehr umso rascher von der Pest erfaßt. Die Intensität dieser Seuche ist derartig, dass die Vögel von ihr erfaßt werden. In Bombay und Madras soll, einem Reuter-Telegramme zufolge, ein neuer Ausbruch der Krankheit erfolgt und ihr bereits ein europäischer Kaufmann erlegen sein.

Handels- und Gewerbekammer in Laibach.

(Fortsetzung.)

XII. R. M. Johann Baumgartner berichtet, dass die Firmen: Schwarz, Zublin & Comp., Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Vittai, Charles Moline, Holzpappfabrik in Neumarkt, Goeppinger & Comp., Patentstahlfettenwerke in Weissenfels und Triester Export-Bier-Brauerei und Malzfabrik R. Liebmann in Senojesch gleichlautende, an das hohe k. k. Minister-Präsidium gerichtete Eingaben bei der Kammer überreicht haben, in welchen gebeten wird:

«Es wolle die hohe Regierung die bereits ausgearbeitete Novelle zum Gesetze vom 28. December 1887, R. G. Bl. Nr. 1 ex 1888, mit ihrem gegenwärtigen Inhalt auf Grund der Ergebnisse der im November 1895 durch Verstärkung des Versicherungsbeiraths abgehaltenen Expertise dem hohen Reichsrathe nicht vorlegen, eventuell zurückziehen, dagegen eine neuerliche Expertise, zu gleichen Theilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehend, einberufen. Erst auf Grund der Ergebnisse einer solchen Expertise, welche selbstständig versicherungstechnische Fachmänner ihren Berathungen beizuziehen hätte, wolle sodann die hohe Regierung eine ihren Zwecken in jeder Hinsicht entsprechende neue Gesetzesvorlage dem künftigen Reichsrathe vorlegen.»

Nach den bisher bekannt gewordenen Mittheilungen soll das bestehende Gesetz lediglich in untergeordneten, nicht aber in principiellen Fragen geändert werden, und sollen auch diese Aenderungen die Industriellen noch mehr als bisher belasten. So sollen neben anderem der Begriff des Betriebsunfalls, die Ansprüche der Verunglückten und Hinterbliebenen, die Berechnung der Renten, beziehungsweise des Jahresarbeitsverdienstes, die Anzeigen von Unfällen, die Feststellung und Auszahlung von Entschädigungen, das Schiedsgericht, die Gefahrenklassen-Eintheilung, die Versicherungsbeträge überhaupt, die Vorschriften über die Unfallversicherung, die Einführung von Lohnlisten, das Institut des Versicherungsbeiraths, Neuerungen, Ergänzungen und Veränderungen erhalten, die durchwegs höhere materielle Erfordernisse, als auch vermehrte persönlich-physische Inanspruchnahme von den Industriellen und Angestellten in sich schließen.

Es soll durch diese Aenderungen auch die Abschaffung des zehncprocentigen Arbeiterbeitrags, eine Feststellung von Verzugszinsen bei der Beitragsleistung, Zusätze bei Nichterhaltung der Unfallverhütungsvorschriften eingeführt werden. Weiters wird in obiger Petition die obcitirte Bitte ausführlich begründet, die die vollständige und principielle Aenderung sowohl des fraglichen Gesetzes selbst, wie auch der aus denselben entstandenen Unfallversicherungsanstalten anstrebt.

Eine zweite Bitte betrifft den in der 48. Vorstandsitzung vom 18. Juni 1896 der Arbeiterunfall-Versicherungsanstalt für Niederösterreich gefassten Beschlüsse.

a) An das k. k. Justizministerium sei die Bitte zu richten, es möge den k. k. Staatsanwaltschaften eine Weisung dahin gehend erteilt werden, dass alle Strafanzeigen der Anstalt wegen Beitragshinterziehungen genau zu prüfen sind und gegen derart angezeigte Unternehmer mit der vollen Strenge des Gesetzes vorzugehen ist; weiters möge den Strafgerichten erster Instanz die thunlichste Beschleunigung der Thatbestandaufnahme in jenen Unfällen aufgetragen werden, in welchen ein fremdes Verschulden vorzuliegen scheint; aus diesem Anlasse möchten ihnen auch geeignete Informationen über die processrechtliche Stellung der Anstalt und den Umfang des der Anstalt zustehenden Schadenersatzanspruchs in jenen Straffällen erteilt werden, in welchen dieselben zur Geltendmachung der ihr gemäß der §§ 45 und 47 des Unfallversicherungsgesetzes zustehenden Regressansprüche schreiten;

b) an die k. k. niederösterreichische Statthalterei die Bitte um Anweisung der ihr unterstehenden Polizei- und politischen Behörden dahin zu richten, dass dieselben bei Unfallsanzeigen, welche zur Anwendung der §§ 45 oder 47 des Unfallversicherungsgesetzes Anlass bieten dürften, mit aller Beschleunigung und wo nur immer möglich durch Beaugenscheinigung der Unfallsstelle, durch Einvernahme der Zeugen und Befichtigung der den Unfall verursachenden Maschinen und Geräthe amtszuhandeln und den bezüglichen Act dem zuständigen Strafgerichte ungefümt abzutreten haben.

Nach den «Amtlichen Nachrichten» des k. k. Ministeriums des Innern» vom 1. August 1896 hat sich die k. k. Generalprocuratur mit dem Projecte der Wiener Anstalt einverstanden erklärt. Die Petenten sagen in ihrer Eingabe, dass die leitende Persönlichkeit der Wiener Anstalt es niemals gewagt hätte, an das k. k. Justizministerium mit einem solchen Ansinnen heranzutreten, wenn nicht Oesterreichs öffentliches Leben sich für Anwürfe gegen die heimische Industrie äußerst empfänglich zeigen würde. Es wird kaum einen Anwurf geben, der, wenn er gegen die heimische Industrie geschleudert wird, nicht bei bestimmten Parteien und Personen auf angenehme und aufmunternde Auf-

merksamkeit, bei anderen auf indolente Gleichgiltigkeit und wieder bei anderen auf lässiges Gewährenlassen stoßen würde. Die Petenten setzen sodann auseinander, dass sie kein Wort dagegen zu sagen haben, wenn einzelne dolose Fälle der schärfsten Ahndung, der rückfichtsloseten Verfolgung verfallen; sie protestieren jedoch entschieden dagegen, dass solche einzelne Fälle die Unterlage für eine Pauschalverdächtigung und Demüthigung der österreichischen Industriellen abgeben sollen, und stellen sodann die Bitte:

«Die hohe Regierung wolle dieses letztere Project, sobald es der Entscheidung derselben unterbreitet wird, mit jener Entschiedenheit von sich weisen, die ein solch monströses, völlig ungerechtfertigtes und die österreichische Industrie schwer beleidigendes Unterfangen verdient.» Der Berichterstatter stellt sodann den Antrag: Die Kammer wolle obige vier Petitionen dem hohen k. k. Ministerpräsidium mit der Bitte vorlegen, dass hochdaselbe die Bitten in denselben in Erwägung ziehen und erhören möchte.

Der Antrag wird angenommen.

XIII. R. M. Johann Baumgartner berichtet über eine Zuschrift der Handels- und Gewerbekammer in Linz, welche anlässlich der Berathung über den Entwurf einer Gesetzesnovelle zur Arbeiter-Unfallversicherung nachstehenden Antrag einstimmig angenommen hat: Die Kammer wolle beschließen, es sei zu diesem Zwecke den Schwesterkammern sofort nach der Einbringung jener Gesetzesnovelle im Abgeordnetenhaus die Einberufung eines Handelskammertags vorzuschlagen. Begründet wurde dieser Antrag in ähnlicher Weise, wie der im vorangehenden Punkte XII. erwähnte. Da die Section die Ansicht der Schwesterkammer in Linz theilt und den Antrag vollkommen zeitgemäß findet, beantragt der Berichterstatter: Die Kammer wolle der Handels- und Gewerbekammer in Linz mittheilen, dass sie mit der Einberufung eines Handelskammertags zum gedachten Zwecke einverstanden ist und an demselben theilnehmen wird. — Der Antrag wird angenommen. (Fortsetzung folgt.)

(Hofrath Graf Chorinsky.) Es wurde bereits gemeldet, dass Herr Hofrath Rudolf Graf Chorinsky anlässlich der von ihm erbetenen Uebernahme in den dauernden Ruhestand der Ausdruck der kaiserlichen Zufriedenheit mit seiner vieljährigen, treuen und eifrigen Dienstleistung bekanntgegeben wurde. Die «Grazer Tagespost» schreibt nun: Mit Herrn Hofrath Rudolf Graf Chorinsky scheidet einer der tüchtigsten und pflichteifrigsten Beamten, der sich insolge seines jovialen Wesens und Wohlwollens allgemeiner Wertschätzung und Beliebtheit erfreut und dessen Scheiden allgemeines Bedauern hervorgerufen wird. Hofrath Graf Chorinsky wurde im Jahre 1836 zu Linz geboren und machte seine Gymnasialstudien in Salzburg, Wien und Laibach, während er seine juristischen Studien als Höfling der Theresianischen Akademie in Wien absolvierte. Am 2. November 1858 trat Graf Chorinsky als Conceptspraktikant in den Dienst der Landesregierung in Laibach und kam im April 1859 bei Beginn des italienischen Feldzugs zur Bezirkshauptmannschaft nach Laibach, wo er nach kurzer Zeit als ein noch sehr junger Beamter mit der Amtsleitung betraut wurde. Infolge Ueberanstrengung erkrankte Graf Chorinsky damals sehr schwer. Mit geringer Unterbrechung blieb er bis zum Jahre 1863 bei dieser Bezirkshauptmannschaft. Dann wurde Graf Chorinsky in das Ministerium des Innern berufen, wo er in mehreren Departements thätig war. Im Jahre 1865 erfolgte seine Ernennung zum galizischen Kreiscommissär, er blieb jedoch dem Ministerium des Innern zugetheilt. Im Jahre 1866 wurde ihm der Titel und Charakter eines Statthaltereis-Secretärs verliehen und ein Jahr später kam er als Bezirkshauptmann nach Tschernembl in Krain. Dort blieb er bis März 1870. Dann kam Graf Chorinsky nach Gurkfeld und blieb dort bis Juli 1874, worauf er zum Regierungsrathe bei der Landesregierung in Laibach ernannt wurde. Dort war Graf Chorinsky in hervorragender Weise mit den Reseraten über Cultus-, Gemeinde- und gewerbliche Angelegenheiten beschäftigt. Graf Chorinsky diente unter den Landespräsidenten Baron Widmann, Kallina und Winkler und war seit 1881 mit der Stellvertretung des Präsidenten Baron Winkler betraut. Im Jahre 1883 wurde ihm der Titel und Charakter eines Hofraths verliehen und im Jahre 1886 wurde Graf Chorinsky zum wirklichen Hofrath bei der Statthalterei in Graz ernannt. Im Jahre 1894 wurde Hofrath Graf Chorinsky in Anerkennung seines verdienstvollen Wirkens mit der Verleihung des Leopold-D. d. h. ausgezeichnet. Seit dem Jahre 1867 ist Hofrath Graf Chorinsky mit Baronin Maria Magdalena Schenk von Schmidburg vermählt, aus welcher Ehe sechs Kinder entsprossen, von denen noch drei Söhne am Leben sind, und zwar Rudolf Graf Chorinsky, der erst kürzlich zum Ministerial-Vicesecretär im Eisenbahnministerium ernannt wurde, dann Victor Graf Chorinsky, Regierungscouncil bei der Landesregierung in Laibach, und Heinrich Graf Chorinsky, Lieutenant im 8. Ulanenregiment in Galizien.

(Aus dem k. k. Stadtschulrath.) Ueber die am 10. d. M. abgehaltene ordentliche Sitzung des

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Das Allerhöchste Namensfest Ihrer Majestät der Kaiserin.

Mit erhebenden patriotischen Gefühlen begeht morgen die große Völkfamilie der Monarchie und mit ihr in treuer, angestammter Liebe und Ergebenheit die Bevölkerung Krains das Allerhöchste Namensfest Ihrer Majestät der Kaiserin.

Die innigsten Gebete steigen zum Himmel empor und vereinigen sich zu dem einen Wunsche: «Gott erhalte und beschütze die erhabene Herrscherin zum Wohle und Heile Ihrer Völker!»

(Elisabeth-Kinderspital.) Anlässlich des Allerhöchsten Namensfestes Ihrer Majestät der Kaiserin, der obersten Schutzfrau des Elisabeth-Kinderspitals in Laibach, wird morgen, Donnerstag, den 19. d. M., um 10 Uhr vormittags in der Deutsch-Österreichischen Kirche eine heilige Messe celebriert, wozu die Schutzfrauen, Gönner, Wohlthäter und Freunde der genannten Anstalt eingeladen werden.

I. I. Stadtschulraths haben wir nachstehenden Bericht erhalten: Nach Constatierung der Beschlussfähigkeit seitens des Vorstehenden werden die im currenten Wege erledigten Schriftstücke vom Schriftführer vorgelesen und zur Kenntnis genommen. Wegen der zunehmenden Frequenz, der zufolge heuer bereits eine 10. Abtheilung neu eröffnet werden mußte, und wegen der Incorporierung Udmats wird beschlossen, dem Gemeinderath eine entsprechende Erweiterung des Gebäudes der I. städtischen fünfschläffigen Knabenvolkschule zu empfehlen. Der Aufsichtsdame Maria Wessner wird anlässlich ihres Scheidens aus dem bisherigen Dienste für die musterhafte Mähe-waltung der Dank und die Anerkennung votiert. Es wird beschlossen, dem Gemeinderathe die Benützung der mit 1. Februar 1897 von der krainischen Baugesellschaft gegründeten Bureauräumlichkeiten zu Schulzwecken zu beantragen. Dem Lehrer Josef Janovsky an der städtischen deutschen Knabenvolkschule wird vom 1. November d. J. an die dritte Dienstalterszulage zuerkannt. Das Gesuch eines städtischen Lehrers um Gewährung einer Geldunterstützung wird dem Landeslehreramt beschriftend vorgelegt. Das Bauprogramm für die neue im II. Stadtviertel zu errichtende achtschläffige slovenische Mädchen-Volkschule wird genehmigend zur Kenntnis genommen. Es wird beschlossen, beim Gemeinderath einen Credit für die Ausgaben der Leitung der beiden gewerblichen Vorbereitungsschulen zu erwirken und dem Landeslehreramt das Ansuchen, betreffend die Einführung der obligaten slovenischen Sprache für Nichtslovenen an den beiden städtischen deutschen Volksschulen von der III. Classe angefangen, wie an Mittelschulen, vorzulegen. Vom Unterrichte wären der Sprache vollkommen unkundige fremde Schüler der höchsten Classen zu befreien. Endlich wird beschlossen, einige interne Angelegenheiten der competenten Amtshandlung zuzuführen.

— (Die Gehaltsregulierung der Staatsbeamten.) Das Präsidium des Vereins der Staatsbeamten Oesterreichs, der nahezu 14.000 Mitglieder zählt, hat sich vorgestern in das Ministeriums-Präsidium und Finanzministerium und am darauffolgenden Tage zum Obmanne des Budgetausschusses, Hofrath Beer, begeben, um anlässlich der in den nächsten Tagen im Abgeordnetenhaus zur Verhandlung gelangenden Gesetzesvorlage über die Gehaltsregulierung der Staatsbeamten eine Petition folgenden Inhalts zu überreichen: a) Für die erste und zehnte Rangklasse wären der Regierungsvorlage gemäß die Biennien und Triennien beizubehalten. b) Für den Fall der Ablehnung der Biennial- und Triennialvorrichtung innerhalb der genannten Rangklassen möge gesetzlich bestimmt werden, dass die hiedurch erzielte Ersparnis zu einer Regelung der Statusverhältnisse in dem Maße verwendet werde, dass Beamte mit Hochschulbildung innerhalb 15 Dienstjahren die achte Rangklasse, Beamte mit vollständiger Mittelschulbildung innerhalb 20 Dienstjahren die achte Rangklasse und Beamte mit geringeren Vorstudien innerhalb 20 Dienstjahren die neunte Rangklasse im allgemeinen erreichen müssen. Weiter wären den Beamten der neunten, zehnten und elften Rangklasse nach vollendetem zwölften und sechzehnten Dienstjahre, den Beamten der achten Rangklasse nach vollendetem fünfzehnten und zwanzigsten Dienstjahre Dienstalters-Personalzulagen in dem bisherigen Ausmaße zu gewähren. c) Die Activitätszulagen wären in Zukunft in vierteljährigen Raten an den Fälligkeitsterminen der Wohnungszinse zu erfolgen.

— (Die I. I. Prüfungscommission für allgemeine Volks- und Bürgerschulen) approbierte bei den in der Zeit vom 9. bis 14. November abgehaltenen Lehrbefähigungsprüfungen: für Bürgerschulen (II. Gruppe) mit deutscher Unterrichtssprache den Herrn Heinrich Adam (mit Auszeichnung) und das Fräulein Gabriele Cibrich; für Volksschulen mit deutscher und slovenischer Unterrichtssprache die Herren Anton Aparnik, Anton Božič, Alois Gorjup, Michael Kosic, Johann Kren, Franz Potolar, Jakob Slapar, Julius Slapsak, Anton Smrdelj und Andreas Jmanc, dann die Fräulein Paula Kren, Angela Milčinski und Eugenie Pehani; mit deutscher Unterrichtssprache die Herren Othmar Herbst, Mathias Pelsche und Josef Samide, die Schulschwester Maria Paula Alberti und das Fräulein Semiramis Schmalz. Außerdem bestand Herr Paul Silc die Ergänzungsprüfung zur subsidiarischen Ertheilung des katholischen Religionsunterrichts.

— (Zur Trinkwasserfrage und elektrischen Beleuchtungs-Anlage in Krainburg.) Wie man uns aus Krainburg berichtet, ließ der Mühlenbesitzer daselbst, Herr Thomas Pavšler, von den Firmen Siemens & Halske, ferner Ganz & Comp., Pläne für den Betrieb der elektrischen Beleuchtung und Kraftübertragung und eines Wasserwerks für die Stadt Krainburg auf eigene Kosten anfertigen und übergab sie dem Gemeinderathe zur freien Benützung. Letzterer beschloß nun in seiner Sitzung am 13. d. M., dieselben einem diesbezüglich gewählten Ausschusse zur Begutachtung zuzuwenden. Die Schaffensfreudigkeit und der fortschrittliche Charakter des Gemeinderaths wie der Bevölkerung berechtigen vollkommen zur Annahme einer gedeihlichen Lösung dieser für die Stadt äußerst wichtigen Fragen.

— (Postalisches.) In der, auf Grund des mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. September d. J. sanctionierten Gesetzes in das Stadtgebiet von Laibach einbezogenen Catastralgemeinde Udmat wird der gesammte Post-Abgabedienst sowohl rückfichtlich der Briefpost und Fahrpost als auch der Telegrammbestellung vom 25. November d. J. seitens des I. I. Post- und Telegraphenamts Laibach I besorgt werden.

— (Gemeinderaths-Sitzung.) Wie wir einem hiesigen Blatte entnehmen, wurde die für heute anberaumte Gemeinderaths-Sitzung eingetretener Hindernisse wegen auf Freitag verschoben, und zwar wird dieselbe im kleinen Saale des «Marodni Dom» stattfinden. Uns ist eine amtliche Verständigung hievon nicht zugekommen.

* (Beheizung der magistratischen Amtslocalitäten.) Die von der Firma Bruckner installierte Dampfheizung der magistratischen Amtslocalitäten ist mit Ausnahme jener im Gall'schen Hause fertiggestellt und functioniert, wie uns versichert wird, tadellos.

— (Kammermusik-Abend.) Samstag, den 21. November, um halb 8 Uhr abends findet im großen Saale der Tonhalle der erste Kammermusik-Abend (71. Aufführung) der philharmonischen Gesellschaft statt, veranstaltet von den Herren: Hans Gerstner, I. Violine, Dr. Rudolf Sajovic, II. Violine, Heinrich Wetzack, Viola, Adalbert Späner, Violoncell, Josef Höhrer, Pianoforte. Programm: 1.) Edvard Grieg: Quartett für zwei Violinen, Viola und Violoncell, op. 27, G-moll. (I. Un poco Andante und Allegro molto ed agitato; II. Andantino und Allegro agitato (Romanze); III. Allegro molto marcato (Intermezzo); IV. Lento und Presto al Saltarello. Erste Aufführung. 2.) Anton Dvorák: Quintett für Pianoforte, zwei Violinen, Viola und Violoncell, op. 81, A-dur. I. Allegro ma non tanto; II. Andante con moto (Dumka); III. Molto vivace (Furiant); IV. Allegro. Die Abonnements-Bedingungen sind folgende: Ein Saalsitz für vier Abende 3 fl., eine Familienkarte (zwei Sitze) für vier Abende 5 fl., für jedes weitere Familienmitglied 2 fl., ein Saalsitz für Nichtabonnenten an der Cassa 1 fl., ein Stehplatz für Nichtabonnenten an der Cassa 60 kr., Studentenkarte für Nichtabonnenten an der Cassa 30 kr.

— (Heimische Kunst.) Der akademische Maler Ludw. Grlic hat im Schaufenster der Firma Giontini ein Delgemälde, darstellend den Rothwein-Wasserfall, ausgestellt, das ein Landschaftsbild von abwechslungsreichem Reize zeigt.

— (Ein neuer Handelsartikel.) In Osterreich, namentlich um Velbes und im Bocheiner Thale, sammeln die Leute alle Zapfen der Fichtenbäume. Dieselben werden, in Säcke verpackt, für verschiedene Firmen in Wiener-Neustadt aufgelaufen, wo sich seit Jahren eine im Aufblühen befindliche Industrie entwickelt hat. Aus diesen Fichtenzapfen wird nämlich in den nur in Wiener-Neustadt, sonst nirgends auf dem Continent so gut eingerichteten Klenganstalten der Samen daraus gewonnen, welcher jetzt schon ein bedeutender Exportartikel, namentlich nach Frankreich und auch nach überseeischen Ländern ist. Dieser Geschäftszweig bietet nicht nur in Wiener-Neustadt vielen Arbeitern lohnende Beschäftigung, sondern auch durch das Einsammeln der Zapfen in Gebirgsgegenden der armen Bevölkerung eine schöne Einnahme.

— (Fremdenverkehr.) Im Touristenhause am Bocheiner See langten während der heurigen Sommerszeit 80 Parteien mit 55 männlichen und 52 weiblichen, daher zusammen 107 Personen ein. Von denselben waren 90 aus Krain, 10 aus anderen österreichischen Provinzen, 5 aus Deutschland und 2 aus England. Bis zu 3 Tagen verblieben daselbst 66, bis zu 7 Tagen 10, bis zu 14 Tagen 3, bis zu 3 Wochen 6, bis zu 4 Wochen 8, bis zu 5 Wochen 3, bis zu 6 Wochen 2 und über 6 Wochen 2 Personen. Das Touristenhaus hat eine Höhenlage von 533 m.

— (Festakademie in Rudolfswert.) Anlässlich der Feier des 150jährigen Bestandes des Rudolfswert'schen Gymnasiums veranstaltet die Direction desselben heute eine Festakademie zum Besten des Studenten-Unterstützungsvereins.

* (Aus dem Polizeirapporte.) Vom 16. auf den 17. d. M. wurden zwölf Verhaftungen vorgenommen, und zwar sechs wegen Diebstahlsverdachts, drei wegen Excesses, eine wegen vorbotener Rückkehr, eine wegen Bettelns und eine wegen Herumschweifens.

— (Deutsches Theater.) Die Direction versendet folgenden Spielplan: Heute, Mittwoch, gelangt das neue Drama «Die Athenerin», Freitag, den 20. d. M., die Operette «Der Bettelstudent» zur Darstellung. Sonntag, den 22. d. M., nachmittags findet eine Kinderdarstellung zu ermäßigten Preisen statt und gelangt das Märchen «Struwelpeter» und abends die Operette «Der Vogelhändler» zur Aufführung. Wir bemerken hinsichtlich der Kinderdarstellungen, dass sich dieselben gewiss eines guten Besuchs erfreuen werden, wenn für eine entsprechende Zwischenactsmusik gesorgt wird.

Neueste Nachrichten.

Budgetausschuss.

Wien, 17. November.

Der Budgetausschuss nahm den Voranschlag der Post- und Telegraphenverwaltung an und begann die Verhandlung der Centrale des Handelsministeriums. Im Laufe der Debatte besprach Handelsminister Baron Glanz den Donau-Ober-Canal und sagte, das Consortium, welches sich um die Concession bewerbe, wolle das System der schiefen Ebene verwenden. Infolge technischer Bedenken gegen die schiefe Ebene sei die Ausarbeitung eines Alternativprojectes für Schleusenbetrieb im Zuge. Die Kosten des Donau-Ober-Canals seien mit 85 Millionen Gulden veranschlagt. Für den Donau-Moldau-Elbe-Canal habe ein Consortium im Laufe des Sommers ein Project mit der Route Korneuburg-Budweis überreicht mit ungefähr 186 Millionen Kosten.

Der Minister weist auf die große wirtschaftliche Bedeutung beider Canäle hin und betont, zur Entscheidung sei es noch nicht gekommen, doch seien erste Schritte unternommen, um eine Lösung vorzubereiten. Betreffs der Handelsvertragsverhandlungen mit Bulgarien spricht der Minister die Hoffnung aus, es werde mit Geduld und der erforderlichen Gegenseitigkeit eines guten Willens gelingen, eine Uebereinstimmung herbeizuführen.

Der Minister erklärt sich bereit für die künftige Subventionierung der Rohstoff- und Verkaufshallen. Betreffs der Sonntagsruhe seien Aenderungen der Vorschriften nicht wünschenswert. Die Verhandlung wurde sodann abgebrochen. — Nächste Sitzung morgen.

Stürme.

(Original-Telegramm.)

Triest, 17. November. Der russische Kreuzer «Kaiser Alexander II.» ist nach Venedig ausgelaufen. Seit gestern wüthet heftige Bora und verursacht Verlehrsstörungen zur See. In der Bucht von Muggia sind sechs Dampfer verankert und warten ein besseres Wetter zur Einfahrt ab. Die königlich griechische Yacht «Sphacteria» konnte wegen heftiger Bora nicht nach Venedig auslaufen, wo die Einschiffung der griechischen Königsfamilie erfolgen sollte.

Belgrad, 17. November. Seit gestern wüthet hier und in Semlin ein furchtbarer Orkan, welcher großen Schaden anrichtete. Sämmtliche Landungsstege sind abgerissen. Der Schiffsverkehr mußte wegen des Sturmes auf der Donau sistiert werden. Mehrere Schlepper wurden zertrümmert. Der Dampfer «Theben» wurde auf dem Wege nach Pancova vom Sturme erfaßt und bei Bisnica ans Ufer geschleudert.

Telegramme.

Wien, 17. November. (Orig.-Tel.) Das Armeeverordnungsblatt meldet: Der Kaiser ordnete die Enthebung des Hauptmanns erster Classe Josef Grafen Stürgkh, des Generalstabscorps, Militärattachés bei der I. und I. Gesandtschaft in Bularest, von diesem Dienstposten an und ernannte den Hauptmann erster Classe Thaddäus Ritter Jordan Rozwadowski von Groß-Rozwadow, des Generalstabscorps, zum Militärattaché bei der I. und I. Gesandtschaft in Bularest.

Wien, 17. November. (Orig.-Tel.) Großfürst Georg Michajlovic ist mittags nach Warschau abgereist.

Wien, 17. November. (Orig.-Tel.) Die «Reichsraths-Correspondenz» veröffentlicht ergänzend eine Richtigstellung, der zufolge der Präsident des Abgeordnetenhauses in der gestrigen Sitzung des Abgeordneten Lueger wegen des am Schlusse seiner Rede gebrauchten Ausdrucks den Ordnungsruf ertheilte. Die «Reichsraths-Correspondenz» erklärt, diesen Ordnungsruf wegen der im Hause herrschenden Unruhe nicht vernommen zu haben.

Wien, 17. November. (Orig.-Tel.) Die «Neue Freie Presse» meldet aus Budapest: Abgeordneter Hegedüs, welcher sich als Verfasser des bekannten «Nemzet»-Artikels declariert hatte, gab schriftlich seinen Austritt aus der Redaction des «Nemzet» bekannt.

Wien, 17. November. (Orig.-Tel.) Der Gouverneur der Ottoman-Bank, Vincent, ist nach Constantinopel abgereist.

Madrid, 17. November. (Orig.-Tel.) Der auf die Anleihe subscribierte Betrag beläuft sich auf rund 591,108.500 Pesetas, wovon 285,619.500 Pesetas auf die Provinz entfallen. Die Presse commentiert in enthusiastischer Weise den Erfolg des Anlehens. Der Ministerath wird heute darüber beschluß fassen, ob es angezeigt sei, den gesammten subscribirten Betrag ober bloß 400 Millionen anzunehmen.

Rom, 17. November. (Orig.-Tel.) Die Agencia Stefani meldet, daß seit gestern an den Ministerpräsidenten sehr zahlreiche Glückwünsche des Bürgermeisters, Präsidenten des Friedensschlusses einlangen. Notabilitäten Gemeinderäthe, Handelskammern, Vereine, Rotabilitäten drücken darin ihre Genugthuung über den Abschluß des Friedens aus. Telegramme der Präfecten sagen, daß die Nachricht in allen Provinzen allgemein mit Befriedigung aufgenommen worden sei.

Sofia, 17. November. (Drig-Tele.) Die Trauerfeier für den Fürsten Alexander wurde auf Befehl des Fürsten Ferdinand auf morgen verschoben, um der Gräfin Hartenau, welche infolge von Verkehrsstörungen in Belgrad zurückgehalten ist, zu ermöglichen, der Trauerfeier beizuwohnen. Die Gräfin wird als Gast des Fürsten und der Fürstin im Palais absteigen.

Angelkommene Fremde.

Hotel Stadt Wien.

Am 16. November. Atlas, Schwarz, Prohaska, Sontof, Schip, Raab, Biegler, Frankl, Dörner, Kfite, Wien. — Schreiber, Fabrikbeamter, Lundenburg. — Willich, Handelsagent, Klagenfurt. — Vandler, Kfm., Brunn. — Schneider, Gutsverwalter, Hötting. — Schluet, Kfm., Graz. — Philippsohn, Kfm., Berlin.

Hotel Elefant.

Am 16. November. May, Director; Mieses, Elger, Kfite. — Gallia, f. f. Finanz-Ausseher; Sorentino, Steinmetz, Kfite. — Prinz, Besitzer, Sagor bei St. Peter. — Pollat, Koppmann, Kfite., Graz. — Breitenstein, Kfm., Würzzuschlag. — Pollat, Kfm., Voglar. — Mayer, Kfm., Fiume. — Reichel, Privat, Klagenfurt. — Kellner, Privat, Töplitz.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimeter auf 0° C. reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Anzahl des Himmels, Niederschlag in Millimeter.

Das Tagesmittel der gestrigen Temperatur 2.7°, um 0.5° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Julius Ohm-Fanuschowski Ritter von Wissegrad.

Verstorbene.

Am 16. November. Josef Kramarsic, Schuhmachermeister, 77 J., Rathhausplatz 12, Marasmus senilis. — Ursula Bajt, Arbeiterin, 71 J., Polanastraße 51, Schlagfluss. — Ursula Verhovnik, Fabriks-Arbeiterin, 28 J., Petersstraße 25, Lungentuberculose. — Johann Verdic, Arbeitersohn, 6 J., Karolinengrund 21, Morbus Brightii acut.



Gramgebeugt geben wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten die erschütternde Nachricht, dass unsere theuere, innigstgeliebte Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester und Tante, die wohlgeborene Frau

Katharina Kurent

heute um halb vier Uhr früh, nach langem, schwerem Leiden, versehen mit den heil. Sterbesacramenten, im Alter von 66 Jahren zu selbigem Erwachen sanft entschlummert ist.

Das Leichenbegängnis findet, Donnerstag den 19. d. M., um 4 Uhr nachmittags, vom Trauerhause Dnergasse Nr. 4 auf den Friedhof zu Sanct Christoph statt.

Die heil. Seelenmessen für die unvergessliche Verewigte, welche einem frommen Andenken empfohlen wird, werden in mehreren Kirchen gelesen werden. Laibach, den 18. November 1896.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Landestheater in Laibach.

31. Vorstellung. Im Abonnement. Ungerader Tag. Mittwoch den 18. November

Schauspiel-Neuheit! Schauspiel-Neuheit! Die Athenerin.

Drama in drei Aufzügen von Leo Ebermann. Anfang halb 8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

32. Vorstellung. Im Abonnement. Gerader Tag. Freitag den 20. November

Operetten-Vorstellung! Der Bettelstudent.

Operette in drei Acten von F. Zell und Richard Genée. — Musik von Karl Millöcker.

Giesshübler mit Milch

ist von ärztlicher Seite bei dem im Winter so häufig auftretenden Bronchial-Katarrh der Kinder besonders empfohlen. 3 Theile Giesshübler Sauerbrunn werden mit 1 Theil heisser Milch vermischt und die Mischung lau (4535) verabreicht. 19-4

Course an der Wiener Börse vom 17. November 1896.

Nach dem officiellen Coursblatte.

Large financial table with multiple columns listing various securities, bonds, and exchange rates. Includes sections for Staats-Einlohen, Pfandbriefe, Prioritäts-Obligationen, and Aktien.

Mehrere Wohnungen

sind in Udmat, neues Gebäude, per November zu vermieten. (4908) 3-1 Anzufragen bei Adolf Hauptmann, Laibach, Petersstrasse 41. Ebendasselbst ist auch ein gut erhaltenes

Bicycle

billig abzugeben.

Ein Comptoirist

der Spezerelbranche, gesetzten Alters, flotter Correspondent, findet Aufnahme im Spezerel- u. Landesproducten-Engros-Geschäfte

A. Schröfl, Marburg a. D. wohin ausführliche Offerten zu richten sind. (4906) 3-1

Ein Commis

der Manufacturwarenbranche, beider Landessprachen mächtig, wird per sofort aufgenommen. Näheres in der Administration dieser Zeitung. (4911)

Advertisement for Dr. Otto v. Trnkoczy's Malaga mit China u. Eisen. (Malaga 225 gr. — Cort Chin. 7 gr. — Tinct. Malat. ferri 25 gr.) Seit 20 Jahren bei blutarmen, schwachen, blassen, schwächlichen Erwachsenen und Kindern als leicht verdauliches China-Eisenpräparat erprobt. (2482) 24

Advertisement for Apotheke Trnkoczy, Wien VIII. (4827) 3-2 St. 3578. Oklie. Neznano kje bivajočemu Henriku Teufler iz Postojine imenuje se skrbnikom na čin gospod dr. Edvard Deu v Postojini in se mu vroči tusodni odlok z dne 8. oktobra 1896, št. 3185. C. kr. okrajno sodišče v Senožečah dne 9. novembra 1896.

(4724) 3-2 Nr. 6880 u. 6881.

Curatorsbestellung.

Ueber die Klagen des Franz Dolenz von Krainburg gegen den noch nicht angetretenen Verlass des Johann Verhunc von Bufovsica Nr. 29 de praes. 2. November 1896, B. 6880, pcto. 1000 fl. f. A wurde dem Beklagten Josef Tomazin

von Bufovsica Nr. 10 zum Actscurator bestellt und wurden demselben die Klagen, worüber die Tagsatzungen im ordentlichen mündlichen Verfahren auf den 2. December 1896, vormittags 8 Uhr, hiergerichts angeordnet wurden, zugestellt. R. f. Bezirksgericht Bischofsrad am 3. November 1896.

Advertisement for Reeller Ausverkauf. Laibach, Petersstrasse 8. Außergewöhnlich günstige Gelegenheit zum Ankaufe zu Spottpreisen von Hüten, Miedern, Hemden, Krägen, Cravatten, Handschuhen, Strümpfen, verschiedener Normalwäsche etc. sowie Schneider-Zugehörartikel. Empfehle jedermann, diese Gelegenheit nicht zu versäumen. Ign. Žargi Laibach, Petersstrasse 8. (4912) 10-1